

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

## *Europa aus der Krise*

*Für eine sozial-ökologische Krisenbewältigung*

Michael Bloss, Malte Fiedler & Lukas von Rantzau

16. März 2011

Workshopped am 2. November 2011.

# 14

## ZUSAMMENFASSUNG

Europa ist in der Krise. Viel war in jüngster Vergangenheit von einer “Eurokrise” die Rede. Doch nicht nur makroökonomische Instabilitäten und die Auswirkungen der globalen Finanzkrise setzen Europa unter Reformdruck. Globale Probleme von neuer Dimension fordern eine Transformation unseres Energie- und Wirtschaftssystems und soziale Spannungen nagen am inneren Zusammenhalt unserer europäischen Gesellschaft. In Anbetracht dieser multidimensionalen, interdependenten Krisensituation ist eine umfassende Lösungsstrategie nötiger denn je. Die drei jungen Autoren zeigen in diesem Denkanstoß einen Weg aus der Krise auf, der den europäischen Herausforderungen mit politischer Integration und sozial-ökologischer Krisenbewältigung begegnet.

Die drei Autoren studierten Internationale Beziehungen in Dresden. *Michael Bloss* studiert den Master “Globalisation and Development” in London, engagiert sich bei der Grünen Jugend für globale Gerechtigkeit und ist Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes. *Malte Fiedler* engagiert sich in der Linksjugend[.solid] und bei DIE LINKE.SDS, er ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet derzeit für die GUE/NGL im Europaparlament. *Lukas von Rantzau* ist freiberuflicher Fotograf, lebt und arbeitet derweil im europäischen Umfeld Brüssels. Er ist Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kontakt: michael.bloss@gruene-jugend.de, maltefiedler@hotmail.com, lukas.rantzau@googlemail.com

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: publikation@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne e.V., 2010 mit Sitz in Berlin gegründet, ist Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft erarbeitet das ISM mit seinen 1.500 Mitgliedern Entwürfe zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen einer demokratischen Gesellschaftsreform. Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption.

[www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de) | [info@solidarische-moderne.de](mailto:info@solidarische-moderne.de)

# ***Europa aus der Krise – Für eine sozial-ökologische Krisenbewältigung***

## ***1. Einleitung***

Die Integration Europas ist ein Prozess von epochaler Bedeutung. Der enge Zusammenschluss der Nationalstaaten auf dem europäischen Kontinent ist einzigartig in der Geschichte und hat vielen Menschen ein nie dagewesenes Maß an Wohlstand, Sicherheit und Freiheit gebracht. Die supranationale Dimension der Europäischen Union (EU) kann die Antwort auf die Umbrüche und Herausforderungen im globalen, politischen und ökonomischen Umfeld sein. Dennoch ist die Spanne zwischen Arm und Reich auch innerhalb der EU stetig gewachsen und bei der Europäischen Integration wurde es versäumt alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

Die europäische Idee an Aktualität nicht verloren. Im Gegenteil: Sie bietet die Chance den Herausforderungen unserer Zeit effektiv entgegenzutreten. In Zeiten der Globalisierung bedarf es einer starken Union um die Steuerungsfähigkeit der Staaten und damit die demokratische Kontrollfähigkeit der Menschen zu schützen. Die sozialen und ökologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte erfordern tiefgreifende Veränderungen, politische und ökonomische Transformationen – auf der ganzen Welt, vor allem aber in Europa. Eine starke und geeinte Union kann diesen Wandel meistern, eine schwache und zerstrittene wird an ihm zerbrechen.

Der europäische Einigungsprozess befindet sich derzeit in einer seiner tiefsten Krisen. Finanz- und Schuldenkrise haben sich in wirtschaftliche und politische Instabilitäten übersetzt. Griechenland steht seit 2009 kurz vor dem Staatsbankrott und vielen anderen Mitgliedsländern geht es kaum besser. Portugal, Spanien und Irland sind auf die Hilfe der anderen Unionsmitglieder und des IWF angewiesen um den Staatsbetrieb aufrecht erhalten zu können. In Italien spitzt sich die Situation weiter zu. Demokratisch gewählte Regierungen sind unter dem Druck der Finanzmärkte und der Stimmen Deutschlands und Frankreichs außer Kraft gesetzt worden. Vor kurzer Zeit noch wären solche Schlagzeilen undenkbar gewesen.

Rechtspopulistische Parteien drohen zu den Gewinnern der sozialen und politischen Unsicherheit zu werden – es besteht die Gefahr, dass anti-integrative Einflüsse sich in einer Abwärtsspirale verstärken.

Die Krise ist Kristallisationspunkt der Steuerungsdefizite der letzten Jahrzehnte. Die Einführung des Euros war ein Integrationsschritt von größerer makroökonomischer Tragweite als ihm die politischen Strukturen des Euroraumes Rechnung tragen. Mit dem Verlust der Hoheit über nationale Währungspolitik ging den Staaten ein wichtiges Steuerungsinstrument verloren um Ungleichheiten in Handelsbilanzen entgegenzuwirken. Auch der Wegfall der auf die einzelnen Nationalökonomien zugeschnittenen Leitzinssätze war ein makroökonomisches Wagnis. Wie aktuell deutlich wird, sind neue Instrumente notwendig um diese klassischen geld- und währungspolitischen Mechanismen zu ersetzen. Denn in ihrem aktuellen Zustand ist die Eurozone ökonomisch und sozial auf Dauer nicht überlebensfähig.

Der Euro ist binnen kurzer Zeit zu einer der wichtigsten Währungen der Welt geworden. Er ist Symbol der Integration Europas. Seine Abschaffung und eine Rückkehr zu den nationalen Währungen kann schon alleine aus diesem Grunde keine Alternative sein. Jetzt ist es Zeit, dass Europa die Krise als Chance begreift die Defizite der Vergangenheit zu beseitigen und ein neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Integration aufzuschlagen. Derweil fehlt Europa hierzu die Vision sowie der ernstzunehmende Wille.

Die mehrdimensionale Krise dieses Jahrzehnts erfordert endlich eine politische Antwort. Europa hat die Möglichkeit diese jetzt zu geben und seine Zukunft an den folgenden Leitlinien zu orientieren.

Das Europa von morgen ist:

**FRIEDLICH UND STABIL:** Die EU vermag in ihrem jetzigen institutionellen Gefüge weder Krisen vorzubeugen, noch ihnen effektiv zu begegnen. Zu lange wurden die hohen politischen Anforderungen, welche dem ambitionierten Vorhaben einer Europäischen Währungsunion immanent sind, von den Verantwortlichen unterschätzt. Dabei steht nicht nur die Stabilität der Währung im Vordergrund sondern unser aller friedliches Zusammenleben: Nur durch erfolgreiche politische Korrekturen können soziale und ökonomische Spannungen vermieden und die Vision eines geeinten und solidarischen Europas aufrechterhalten werden.

**SOZIAL :** Die Folgen der Wirtschaftskrise sind in den meisten EU-Ländern noch nicht verarbeitet. Mit einer tiefen Rezession in den peripheren EU-Staaten geht ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit einher. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit erreicht in Ländern wie Spanien und Griechenland besorgniserregende Werte von 45 Prozent und

mehr. Die Spanne zwischen Arm und Reich vergrößert sich. Die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen werden in den verschuldeten Staaten durch die nun aufgezwungenen Sparpakete noch verschärft. Um soziale Gerechtigkeit in Europa zu erreichen muss hier aktiv gegengesteuert werden.

**ÖKOLOGISCH:** Die Debatte um ein neues, sozial sowie ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem und die Diskussion um eine Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik wurden bisher parallel geführt. Die dringende Herausforderung unserer Zeit ist es jedoch diese beiden Sphären erfolgreich zusammenzubringen. Durch die sich abzeichnende Klimakatastrophe stehen wir vor einer ökologischen Krise von nie dagewesenem Ausmaß. Entfesselte Finanzmärkte stürzen die Wirtschaft in unvorhersehbare Finanzkrisen. Die Welt wird volatiler. Die Industrienationen stehen vor der großen Herausforderung des Umbaus zu einer sozial-ökologisch nachhaltigen Gesellschaft – ein Reformprojekt, welches so bald wie möglich begonnen werden muss.

## **2. Wege in die Krise**

Die Ursachen für die Schuldenkrise der EU sind mehrdimensional und unterschiedlich. Unterschiedlich, weil Griechenland anders in die Schuldenkrise gerutscht ist als z.B. Irland; mehrdimensional, weil das Problem der Staatsverschuldung zum einen in den verschuldeten Ländern selbst, vor allem aber auch in der Konstruktion des Euro-Raums und in den Auswirkungen der globalen Finanzkrise zu finden ist. Die Ursachen sind in folgenden Kategorien zu analysieren:

1. Globale Dimension: Auswirkungen der Finanzkrise
2. Europäische Dimension: Makroökonomische Ungleichgewichte

### **2.1 Globale Dimension: globale Finanzkrise, Spekulation und Deregulierung**

#### **Finanzkrise**

Die globale Finanzkrise, die 2007 ihren Anfang nahm, kann beschrieben werden als der Zusammenbruch eines Systems, welches sich 1973 aus dem damaligen Bretton-Woods System fester Wechselkurse entwickelte. Dieses System war und ist gekennzeichnet von

Politiken der Liberalisierung, Deregulierung und dem nahezu uneingeschränkten Glauben an die sich selbst regulierenden Kräfte des Marktes. Die Umgestaltung des internationalen Geld- und Kreditsystems führte zu von der Realwirtschaft entfremdeten Finanzmärkten. Die Geldzirkulation auf den Finanzmärkten ist entkoppelt von Arbeit, Produktion und Warentausch, was sich in der wiederholten Bildung von Spekulationsblasen gezeigt hat.

Vor der Finanzkrise hatten viele private Banken hohe spekulative Risiken auf sich genommen um im Interesse ihrer Kapitaleigner hohe Renditen zu erzielen. Als die Banken ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten, mussten die Staaten als letzte Retter einspringen um die als „systemrelevant“ bezeichneten Banken zu retten. Die Staatsschulden wurden dadurch in großem Maße erhöht: Rettungspakete für die Banken, Konjunkturprogramme und Steuerausfälle trugen dazu bei. Im Falle von Irland führte die staatliche Rettung der Banken, insbesondere der „Anglo Irish Bank“ an den Rand des Staatsbankrott. Hatte Irland 2007 noch Haushaltsüberschüsse realisiert, lies die Bankenrettung in der Finanzkrise die Schuldenquote nach oben schnellen auf schätzungsweise 32 Prozent des BIP. Irland musste sich unter den Euro-Rettungsschirm flüchten.

Für alle Staaten bedeutete die Finanzkrise sinkende Steuereinnahmen und Schrumpfung der Wirtschaft, dadurch erhöhte sich die Schuldenquote im Vergleich zur Wirtschaftsleistung gemessen am BIP. Die Maastrichter Kriterien von 1991, die eine maximale Schuldenquote von 60 Prozent des BIP und nicht mehr als 3 Prozent pro Jahr vorschreiben, werden von fast keinem EU Staat mehr erfüllt.

### ***Spekulation und Ratingagenturen***

Die Ursachen, die die Finanzkrise und auch die Schuldenkrise möglich gemacht haben, sind dabei tief in dem vorherrschenden System verankert. Das dominierende Motiv des Profitstrebens und die Deregulierung der Märkte und Banken führten zu einer Verselbstständigung der Finanzmärkte. Die sich seit Jahrzehnten abzeichnende Entwicklung einer Wohlstandsumverteilung von unten nach oben verstärkte diesen Trend und führte den Kapitalmärkten immer mehr Mittel zu, welche zinsträchtig angelegt werden wollten.

Dieser neoliberale Prozess wurde von Regierungen des globalen Nordens nicht nur in Europa vorangetrieben. Während von diesem System einige Wenige umso stärker profitierten, wurden im Höhepunkt der Finanzkrise die Verluste der Spekulationen sozialisiert

und auf alle Bürgerinnen und Bürger umverteilt. Dennoch zeigen sich auch in Zeiten der Krise Gewinner. Hier treten vor allem Hedge-Fonds und Investmentbanken und u.a. auch Ratingagenturen hervor.

Die Rolle der drei großen amerikanischen Rating Agenturen wird mittlerweile sogar von konservativer Seite zunehmend kritisch bewertet. Ratingagenturen fungieren in der Schuldenkrise als private und somit profitorientierte Dienstleister, die allerdings eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen – die Beurteilung der Kreditwürdigkeit von Staaten. Die plötzliche Herabstufung der Ratings zahlreicher Eurostaaten, ohne dass sich an deren Haushaltssituation grundlegend etwas geändert hätte, zeigt, dass die Agenturen ihre Aufgabe in der Vergangenheit eher schlecht als recht wahrgenommen haben.

Ratingagenturen sind in ihrer Einschätzungen nicht unabhängig von den mächtigen Finanzakteuren, die sie bewerten, sondern stehen in einer Käufer-Dienstleister-Beziehung. Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise bestimmen sie zum Großteil den Wert von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps (CDS)). Diese steigen im Wert, wenn das Risiko eines Staatsbankrotts steigt. Die Spekulation mit CDS erhöht zusätzlich den Risikoaufschlag auf die Staatsanleihen und ermöglicht es einigen Finanzakteuren, wie Hedge-Fonds, hohe Profite durch das Wetten auf einen Staatsbankrott z.B. von Griechenland zu erzielen. Hierzu investieren Hedge-Fonds in der Krise massiv in CDS und treiben damit die Zinsen in die Höhe. Besonders raffiniert ist dabei, dass die Hedge-Fonds um in CDS zu investieren nicht einmal selbst im Besitz von Staatsanleihen sein müssen, sie tragen somit bei einer drohenden Zahlungsunfähigkeit der verschuldeten Staaten auch keine Risiken.

Akteure am Finanzmarkt, die zuvor vom Staat gerettet wurden, können damit verdienen, dass Staaten ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. Denn ein schlechtes Rating für Staatsanleihen erschwert die Aufnahme von weiteren Krediten und erhöht den Preis der Kredite (Zins). So können Banken billiges Geld von der EZB zu Zinsen von einem 1 Prozent leihen und es dann z.B. für bis zu 7 Prozent an das stark verschuldete Spanien weiterverleihen. Die Zinsen für Griechenland stiegen so zum Höhepunkt der Schuldenkrise auf nahezu 17 Prozent, ein Zinssatz zu dem kein Staat mehr in der Lage ist neue Kredite aufzunehmen.

Allein die Drohung der Ratingagenturen, die Kreditwürdigkeit europäischer Länder herabzustufen, versetzte europäische Börsen in große Unsicherheit. Unterdessen sind

nicht mehr nur die Länder der europäischen Peripherie im Fokus der Ratingagenturen, sondern vermehrt auch die ökonomisch starken Staaten Zentraleuropas. So wurde zuletzt u.a. die Bonität Frankreichs, welches einen ähnlichen Schuldenstand wie Deutschland aufweist, durch die Ratingagentur „Standards & Poors“, herabgesetzt. Die Entscheidungsträger in der Politik sehen sich deshalb in ihrem Krisenmanagement gezwungen sich dem Willen der Märkte zu unterwerfen. Als oberstes Ziel gilt es die Märkte zu beruhigen, auch wenn Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben.

## ***2.2 Europäische Dimension: Makroökonomische Ungleichgewichte***

Die zuvor beschriebenen Probleme des Finanzsystems und die Folgen der globalen Finanzkrise treffen eine Währungsunion, die alles andere als optimal konstruiert ist. Eurokritiker wiesen seit der Gründung des Euros auf strukturelle Ungleichgewichte innerhalb des gemeinsamen Währungsraumes hin und verwiesen auf die fehlende politische Integration.

### ***Der Euro – Währung eines optimalen Währungsraums?***

Nach der neoklassischen Theorie von Robert Mundell zu optimalen Währungsräumen sind feste Wechselkurse und eine Einheitswährung sinnvoll für Länder mit intensiven Handelsbeziehungen und hoher Faktormobilität. Kritisch ist es allerdings, wenn die Faktormobilität von Faktoren wie Kapital und Arbeitskraft eingeschränkt wird – beispielsweise durch nationale, juristische oder sprachliche Barrieren, wie sie innerhalb der EU existieren. Eine schlechte Wirtschaftslage in einer Region des Währungsraumes kann dann nicht durch eine Verschiebung der Faktoren in einen effizienteren Bereich ausgeglichen werden.

Vorteile der gemeinsamen Währung, wie Effizienzgewinne durch sinkende Transaktionskosten und Währungsumrechnungen, sind mit dem Nachteil verbunden, dass keine nationale Wechselkurs- und Geldpolitik mehr möglich ist. Das Instrument der Währungsabwertung zum Ausgleich der Faktoren fällt weg und ein so gebundenes Land steht handlungsunfähig vor einer sich verschärfenden Krise. Zu Zeiten hoher Haushaltsdefizite bedeutet dies für verschuldete Staaten, dass sie keine expansive Geldpolitik verfolgen können um ihre Währung nominal abzuwerten.



Da die Aufnahme weiterer Auslandsschulden für die betroffenen Länder immer teurer wird (vgl. Abschnitt zu Spekulationen oben), ist für sie eine restriktive Fiskalpolitik unumgänglich. In Phasen wirtschaftlicher Rezession bedeutet dies allerdings eine drastische Verschärfung der ohnehin angespannten Situation. Das aufgezwungene Sparen in der Krise, Lohnkürzungen, Privatisierung, Deregulierung des Arbeitsmarktes und Sozialkürzungen sind dabei nicht nur Faktoren, die die Rezession verstärken und eine Rückzahlung der Schulden mittelfristig unmöglich machen, sondern auch Teil genau der Politik der Umverteilung von Unten nach Oben, die in die Krise geführt hat.

Weitergehend hat der Anstieg der nationalen Inflationsraten eine verschärfende Wirkung. Überdurchschnittlich hohe Inflationsraten bedingen höhere Nominallohnsteigerungen und haben Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit. Nach der neoklassischen Theorie müssten Arbeitnehmer als flexibler Produktionsfaktor in die wettbewerbsstärkeren Länder ziehen (also die Menschen aus Spanien, Portugal und Griechenland nach Deutschland), welches zu einem neuen Gleichgewicht führen würde. Diese vorausgesetzte Faktormobilität, insbesondere des entscheidenden Faktor „Arbeit“, ist innerhalb des Euro-Raumes jedoch eine Illusion. Auch wenn innerhalb der EU die Arbeitnehmerfreizügigkeit festgeschrieben ist, sorgen doch Sprachbarrieren und soziales Handeln der Menschen dafür, dass der in diesem Sinne "rational" handelnde Arbeitnehmer Teil einer theoretischen Fehlannahme bleibt.

### ***Die EU ist kein optimaler Währungsraum***

Die EU war also nie ein optimaler Währungsraum. Vor allem aber hat sie keine ernsthaften Schritte unternommen hieran etwas zu ändern. In der aktuellen Krise zeigt sich, dass die verschuldeten Staaten nicht mit einer geeigneten Geldpolitik auf die Schuldenkrise reagieren können. Sie können ihre Währung nicht abwerten und die stagnierende Wirtschaft mit Geld der Zentralbank reanimieren.

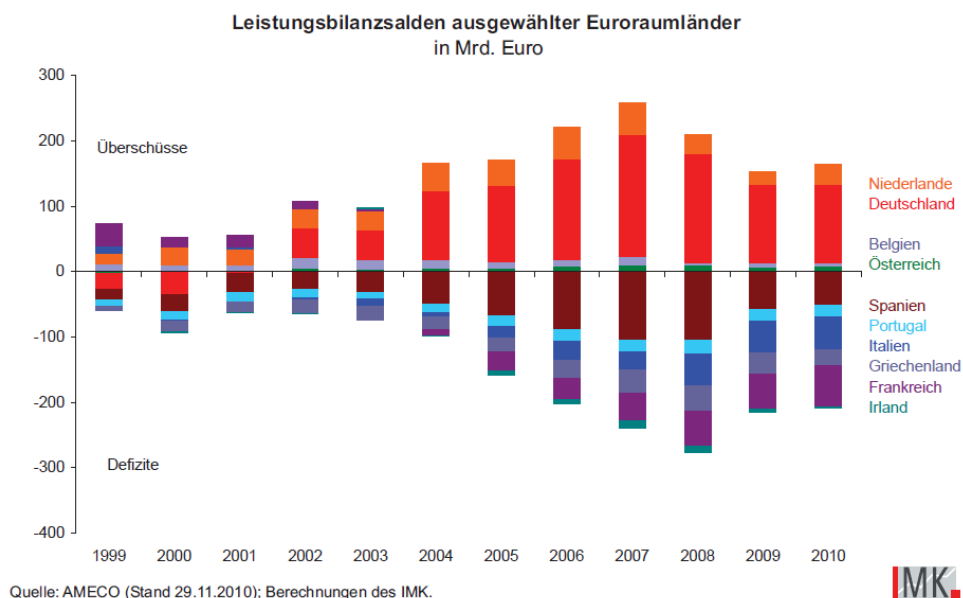
Hier spielt auch die monetaristische Ausrichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) eine große Rolle. Im Vertrag von Lissabon ist als hauptsächliches Ziel die Preisstabilität festgeschrieben (vgl. Art. 282 AEUV). Dadurch kann die EZB nur geringfügig auf die drohende Kreditklemme und wirtschaftliche Rezession reagieren und verfolgt auch in der Krise eine vergleichsweise restriktive Geldpolitik um für eine niedrige Inflation (ca. 2 Prozent) zu sorgen. Diese Zurückhaltung verschärft allerdings die Probleme der verschuldeten Staaten.

Das die Initiator\_innen des Vertrags von Lissabon eine solidarische Politik jedoch gar nicht in Sinn hatten, zeigt sich an dem „No-bail-out“-Prinzip (Art. 125 AEUV), welches eine gemeinsame Verantwortung aller EU-Staaten in Falle einer Schuldenkrise von vornerein verneint und bewusst eine politische Integration verhindert.

Während die Währungspolitik also zentral von der EZB gesteuert wird, bleiben Einkommens-, Steuer-, Fiskal- und Industriepolitik Aufgabe der Nationalstaaten. Diese starre Handhabung blendet die Konsequenzen einer unterschiedlichen Wirtschafts- und Fiskalpolitik der einzelnen EU Staaten aus. Doch die Entstehung von Ungleichgewichten im intereuropäischen Handel hat einen großen Einfluss auf die Staatsfinanzen.

### Leistungsbilanzen

Das folgende Säulendiagramm verdeutlicht die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden in ausgewählten Euroländern seit Einführung des Euros. Deutlich wird, dass sich die Bilanzen mit der Zeit immer weiter auseinander entwickelten.



Insbesondere Deutschland (hier zu Lande gerne als Exportweltmeister gefeiert), hat sich von einem Defizitland zu einem der Länder mit dem höchsten Überschuss entwickelt. Die mittlerweile hochverschuldeten südeuropäischen Staaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien (zynisch auch mit PIGS abgekürzt) verbuchten hingegen über Jahre hinweg Defizite. Die unterschiedlichen Entwicklungen in den Leistungsbilanzen lassen darauf schließen, dass sich die nationalstaatlichen Wettbewerbsfähigkeiten geändert haben, wodurch wiederum die Exportchancen beeinflusst werden. Während Überschussländer wie Deutschland nur einen geringen Druck verspüren ihre Politik anzupassen, werden Defizitländer ökonomisch gezwungen auf die steigende Auslandsverschuldung, die aus den Defiziten resultiert, zu reagieren.

### ***Lohnstückkosten***

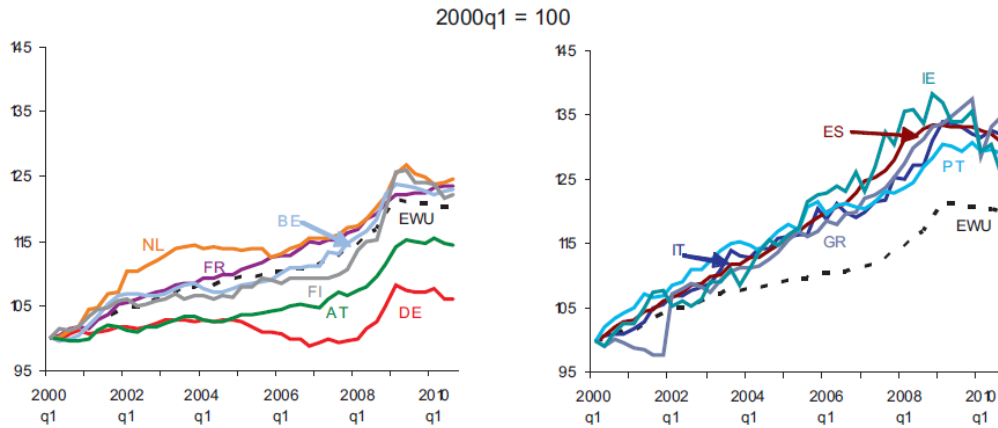
Die Unterschiede in den Leistungsbilanzen ergeben sich dabei vor allem aus Wettbewerbsunterschieden und dem sogenannten realen Wechselkurs. (Da für alle EWU Staaten der gleiche nominale Wechselkurs gilt). Maßgeblich für Wettbewerbsunterschiede sind die Produktionskosten und hier vor allem die des Faktors Arbeit<sup>1</sup>. Das folgende Schaubild verdeutlicht die auseinander laufende Entwicklung der Löhne innerhalb des Euroraums im Laufe der Zeit.

Während sich in den Staaten der EWU Peripherie, die hohe Leistungsbilanzdefizite aufweisen, eine starke Erhöhung der Lohnstückkosten abzeichnet, bleiben die exportfixierten Länder, allen voran Deutschland, in der Lohnentwicklung zurück und liegen weit unter dem Durchschnitt aller Euroländer. Das deutsche Lohndumping, welches mit der Politik der Agenda 2010 eingeleitet wurde, untergräbt systematisch die Wettbewerbsposition der anderen Euro-Länder.

---

<sup>1</sup> Die Lohnstückkosten sind für eine aussagekräftige Analyse an dieser Stelle der geeignetste Indikator, da sie Löhne und Arbeitsproduktivität in ein Verhältnis setzen. Ein Vergleich der Lohnstückkosten ist dabei vorteilhafter als ein reiner Vergleich der Arbeitskosten, da ein Anstieg der Arbeitskosten bei höherer Produktivitätssteigerung nicht zu einem Preisanstieg (also Wettbewerbsnachteil) führt.

**Lohnstückkostenentwicklung im Euroraum (16) sowie in ausgewählten Euroraumländern  
in Quartalswerten auf Personenbasis für die Gesamtwirtschaft**



Eine nach der Kaufkrafttheorie gemeinhin anerkannte solide Lohnpolitik (Lohnsteigerung = Produktivitätssteigerung + Inflation) fand in Deutschland, aber auch in anderen exportfixierten Ländern wie den Niederlanden, nicht statt. Auf der anderen Seite fielen die Lohnsteigerungen in den PIGS-Staaten zum Teil üppiger aus als der Zuwachs an Produktivität und Inflation. Eine Antwort auf diese Fehlentwicklung zu finden ist daher dringend notwendig für einen Weg aus der Krise.

### **3. Reaktionen auf die Krise**

#### **3.1 Kurzfristige EU-Maßnahmen zu Krisenbewältigung: Der Euro-Rettungsschirm**

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen um die Schuldenkrise in den Griff zu bekommen. Zur Unterstützung der hochgradig verschuldeten Euro-Länder erfolgte schon im Mai 2010 durch einen Beschluss des Europäischen Rates die Einrichtung des damals noch provisorisch angedachten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dieses umgangssprachlich als Euro-Rettungsschirm bezeichnete Paket beinhaltet Notkredite, deren Zinssätze deutlich unter denjenigen liegen, welche ein Schuldenland am freien Markt bezahlen müsste. Voraussetzungen für die Kreditgewährung sind jedoch rigorose Sparpakete bestehend aus Ausgabenkürzungen,

Privatisierungen, dem Abbau öffentlicher Beschäftigung und Steuererhöhungen. Die Ausgestaltung dieser Reformpakete wird dabei von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgegeben. Das auf drei Jahre angelegte Paket speist sich aus drei verschiedenen Töpfen und umfasst Kreditgarantien in Höhe von insgesamt 750 Mrd. Euro. Neben Geldern und Krediten des IWF stellt die explizit hierfür geschaffene Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) Darlehen von bis zu 440 Mrd. Euro bereit. Sie kann Anleihen am Kapitalmarkt aufgeben, für die alle Mitgliedstaaten des Euroraums gemeinschaftlich haften.

Zusätzlich kauft die EZB Staatsanleihen stark verschuldeter Staaten auf. Das Volumen umfasst dabei derzeit ca. 220 Mrd. Euro (Stand: 1. Februar 2012). Rechtlich gilt dies als umstritten.

### **3.2 Langfristige Reformbestrebungen der EU**

Im Lichte der graduellen Verschärfung der Schuldenkrise trotz des Euro-Rettungsschirms wird eines stetig deutlicher: Eine bessere Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken sowie ein dauerhafter Krisenbewältigungsmechanismus sind unabdingbar. Die Europäische Kommission schnürte hierfür im September 2010 als erste Reaktion sechs Reformpakete, die sich auf drei Kernelemente (A – C) beziehen und im Dezember 2011 um die Vorschläge zur Europäischen Fiskalunion (D) ergänzt wurden:

1. Einrichtung des dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)
2. Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
3. Vermeidung und Behebung von makroökonomischen Ungleichgewichten
4. Europäische Fiskalunion

#### ***Ein dauerhafter Europäischer Stabilitätsmechanismus***

Um internationale Rettungsaktionen zukünftig zu vermeiden wurde der Ausbau des provisorischen EFSF zu einem dauerhaften EU-Krisenbewältigungsmechanismus beschlossen. Der dauerhafte ESM soll im Juli 2012 in Kraft treten. Die Mitgliedsstaaten der Euro-Gruppe werden im Laufe der ersten fünf Jahre einen Grundkapitalstock von 80 Mrd.

Euro einzahlen, auf welchen im Krisenfall mit sofortiger Wirkung zugegriffen werden kann.

Weiterhin sollen ab 2013 im Falle einer Staateninsolvenz private Gläubiger mit zur Verantwortung gezogen werden. Eine genaue Ausgestaltung dieses Vorhabens fehlt noch. Die Regelung kommt in ihrer Essenz einer Staateninsolvenzregelung gleich.

### ***Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes***

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) stellt die rechtliche Grundlage für die fiskalpolitische Überwachung der Mitgliedstaaten durch die EU dar. Ziel des SWP ist es, die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten zu gewährleisten und übermäßige Defizite zu vermeiden. Konkret schreibt der SWP eine Begrenzung des jährlichen Haushaltsdefizits eines Staates auf 3 Prozent des BIP und den gesamten Stand der öffentlichen Verschuldung auf 60 Prozent des BIP vor.

Im Rahmen der korrektiven Komponente des SWP wird die Entwicklung des staatlichen Schuldenstandes künftig den gleichen Stellenwert erhalten wie die Entwicklung des Haushaltsdefizits. Bisweilen war die Einleitung eines Defizitverfahrens (Excessive Deficit Procedure, EDP) nur bei einer Neuverschuldung von über 3 Prozent möglich. Nun werden Mitgliedstaaten, deren Schuldenstand über 60 Prozent des BIP hinausgeht, dazu verpflichtet jährlich 1/20 des über dieser Quote liegenden Teils abzubauen, bis sie erneut die 60 Prozentmarke erreichen.

Bei Verstoß gegen diese Kriterien sollen früher, schneller und mit einem höheren Maße an Automatismus Sanktionen erfolgen. Mittelfristig sollen gegen einen Defizitstaat nicht nur eine Geldbuße in Höhe von bis zu 0,2 Prozent des BIP verhängt werden können, sondern auch in größerem Umfang als bisher EU-Mittel gestrichen werden.

### ***Vermeidung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte***

Im Frühjahr 2011 begann erstmals das sogenannte „Europäische Semester“ . Durch die Schaffung dieses zusätzlichen Instruments sollen die fiskalpolitische Überwachung im Rahmen des SWP und die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte auf europäischer Ebene miteinander verbunden werden.

Um die frühzeitige Erkennung von makroökonomischen Fehlentwicklungen zu gewährleisten und diesen entgegenzuwirken, hat die Kommission die Einführung eines Satzes gesamtwirtschaftlicher Indikatoren (Scoreboard) angeregt. Das Scoreboard, dessen genaue Indikatoren bislang noch nicht definiert sind, soll eine regelmäßige Bewertung des Risikos von Ungleichgewichten vornehmen – sprich die präventive Komponente des SWP stärken. Diskutiert werden unter anderem die Indikatoren Leistungsbilanz, Nettoauslandsposition, Realer Effektiver Wechselkurs basierend auf Lohnstückkosten und BIP-Deflator, realer Anstieg der Häuserpreise, Staatsverschuldung und Verschuldung des Privatsektors.

Entstehen in einem Mitgliedsstaat schwerwiegende makroökonomische Ungleichgewichte, eröffnet das „Ungleichgewichtsverfahren“ (Excessive Imbalance Procedure, EIP) dem Rat die Möglichkeit Sanktionen zu verhängen. Dazu gehören z.B. unverzinsliche Einlagen und Strafzahlungen in Höhe von 0,1 Prozent des BIP.

### ***Die Europäische Fiskalunion***

Ein noch stärker institutionalisierter Stabilitäts- und Währungspakt soll durch die Fiskalunion der EU geschaffen werden. Diese wird aus einem neuen Vertragswerk bestehen, dem alle EU-Staaten bis auf Großbritannien und Tschechien beigetreten sind. Hauptzielrichtung ist es, Schuldenbremsen in den jeweiligen Verfassungen der Europäischen Mitgliedsstaaten zu verankern und die Haushalte dieser Staaten bei übermäßigem Defizit unter die Aufsicht der Europäischen Kommission zu stellen.

Dazu verpflichten sich alle ihr jährliches strukturelles Defizit auf weniger als 0,5 Prozent des jeweiligen BIPs zu begrenzen. Des Weiteren werden automatisch greifende Überwachungsmechanismen der Europäischen Kommission eingeführt. Neue Schulden und wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Schuldenabbau müssen gemeldet und eine von der Kommission festgelegte Schuldenquote muss erreicht werden.

Eine stärkere institutionelle Verankerung der europäischen Wirtschaftskoordination wird angestrebt. Dazu sollen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone halbjährlich unter der Leitung des Präsidenten der Europäischen Kommission zusammentreten. Des Weiteren wurde angekündigt die Möglichkeiten für eine Finanztransaktionssteuer zu prüfen, die Frankreich schon unilateral beschlossen hat.

### **3.3 Bewertung der EU-Maßnahmen**

Die Krisenrettungsmaßnahmen der europäischen Eliten, allen voran das Duo „Merkozy“, bestimmen nun seit mehr als 2 Jahren die öffentliche Diskussion, wobei eine klare Linie deutlich zu vermissen ist. Der bisherige schwankende Kurs steht deshalb eher für allgegenwärtige Verzweiflung als für einen entschlossenen Weg aus der Krise.

Die Einrichtung des Euro-Rettungsschirms war zwar unumgänglich um Mitgliedsstaaten wie Irland und Griechenland vor dem sicheren Staatsbankrott zu retten. Auch der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB hat die Auswirkungen der Krise gemildert - das schnelle Handlungsvermögen der EU-Organen ist hierbei positiv zu bewerten. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei ESM und EFSM lediglich um Instrumente der Symptombekämpfung. Durch Bereitstellung von Zahlungsmitteln können Staatsbankrotte vorerst abgewendet werden. Eine Auszahlung der Gelder ist allerdings an drastische Sparpolitik gekoppelt, bestehend aus Lohnkürzungen, Stellenstreichung, Sozialabbau und Privatisierung nach deutschem Vorbild. Dieses wird als notwendig angesehen um die Schuldenstaaten wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Tatsächlich ist es äußerst unwahrscheinlich, dass aus diesem Sparpaket eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der betroffenen Länder resultieren wird. Die radikale Kürzungspolitik verstärkt die wirtschaftliche Rezession und trägt nicht dazu bei Arbeitslosigkeit und wachsende Verarmung zu bekämpfen. Es verbleibt kein Investitionskapital für die dringend benötigte sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft.

Die Einführung des Europäischen Semesters ist ein erster Ansatzpunkt um die wirtschaftspolitische Koordination zu verbessern. Jedoch fehlt es diesem Instrument an Weitblick: Mit der verstärkten Koordinierung der EU-Spitzen wird versucht die Union handlungsfähiger zu gestalten. Doch demokratische Elemente bleiben damit auf der Strecke, da das Europäische Parlament nicht involviert wird. Dieses Demokratiedefizit ist eine Gefahr, welche es bei den institutionellen Reformen innerhalb der EU zu bedenken gilt.

Auch die Einführung des Scoreboards ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es verbessert die europäische Transparenz und erlaubt es, die Entwicklung spezifischer makroökonomischer Ungleichgewichte frühzeitig zu erkennen. Allerdings ist eine Anpassungspflicht für die Staaten, die erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, nicht vorgesehen, wobei dieser „zahnlose“ Ansatz nicht zur Verbesserung der Lage beiträgt.



Die Verschärfung des SWP führt dazu, dass ohnehin schon verschuldete Staaten zusätzlich durch Strafzahlungen belastet werden. Wie dies zu einer Tilgung der Schulden beitragen soll ist unklar. Die Verantwortung für überhöhte Staatsschulden wird derzeit nur bei den Schuldnern gesucht, nicht allerdings bei den Überschussländern, obgleich diese zwei Seiten der Medaille untrennbar zusammen gehören. Langfristig wird der SWP nicht zur Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte beitragen.

Die Schuldenbremse erlegt eine demokratische Bürde auf, die sich in Situationen, in denen antizyklisch investiert werden muss, als unflexibel erweist. Das politische Tauziehen um eine Anhebung der Schuldengrenze in den USA hat dieses kürzlich eindrucksvoll verdeutlicht. Schuldenbremsen beschneiden die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten ohne eine entsprechende handlungsfähige Institution auf EU-Ebene anzusiedeln.

Keine der EU-Maßnahmen kann die strukturellen Defizite der Währungsunion beheben. Sie bieten nicht die Möglichkeit den Unterschieden in den Leistungsbilanzen effektiv entgegenzuwirken und für eine dringend benötigte Koordinierung der Fiskalpolitik unter den Mitgliedsstaaten zu sorgen. Das stabile Fortbestehen der Währungsunion und des Europäischen Projekts insgesamt kann so nicht gesichert werden. Des Weiteren fehlt den Maßnahmen das Potenzial langfristig und umfassend der multiplen Krise entgegenzuwirken. Es bleibt bei der Verwaltung der Krise, anstatt sie zum Anlass zu nehmen die Union zukunftsfähig umzugestalten.

### ***Bewertung der Fiskalunion***

Auch die Idee der Fiskalunion erkennt wichtige Ursachen der Schuldenkrise und setzt an der falschen Stelle an. Anstatt sich der strukturellen Ungleichgewichte in der Währungsunion anzunehmen und den Fokus auf die Regulierung und Beteiligung des Finanzsektors zu legen, sollen alle Staaten einem Spardiktat unterworfen werden. Das führt vor allem zu Kürzungen von Ausgaben, welche die schwächsten der Gesellschaft am härtesten treffen. Die Einnahmeseite wird vernachlässigt. Die Ursachen der Finanzkrise werden nicht behoben. Die hohe Konzentration von Reichtum, welche zu risikoreicher Spekulation und schließlich in die Finanzkrise führte, wird nicht angegangen. Innovationsfördernde und ausgleichende antizyklische Ausgaben, die die verschuldeten Staaten aus einer Rezession führen könnten, werden außerdem verhindert.

Vor dem Hintergrund, dass die Fiskalunion keine ausreichenden Antworten auf die strukturellen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen und Wettbewerbsfähigkeit bietet, ist der viel gelobte Beschluss ein Schritt in die falsche Richtung.

Zusätzlich drohen mit der Fiskalunion lang erkämpfte demokratische Mitbestimmungsrechte in der EU verloren zu gehen. Die Fiskalunion soll, auf Grund der Nichtbeteiligung Großbritanniens, als neuer Völkerrechtlicher Vertrag verwirklicht werden. Dabei umgeht sie bereits bestehende Institutionen wie das Europaparlament oder die Kommission. Eine Tendenz, die in den Krisenbewältigungsstrategien der Staats- und Regierungschefs zunehmend wahrzunehmen ist und wohl die größte Gefahr für Europa als Projekt der Menschen und des Friedens darstellt. Dieses Papier untersucht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, dennoch können wir nicht die Augen davor verschließen, dass Europa von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Projekt der Eliten wahrgenommen wird. Die Fiskalunion verstärkt Demokratiedefizite und Intransparenz auf europäischer Ebene und steht einer demokratischen Partizipation der Menschen in Europa entgegen. Deshalb sollte bei allen Wegen aus der Krise die demokratische Mitbestimmung oberste Priorität haben.

#### ***4. Wege aus der Krise***

Die europäische Integration hat in ihrer Geschichte schon viele Krisen durchlebt – und jedes Mal ging Europa gestärkt daraus hervor. Dennoch: Mit der Union ist auch die Komplexität ihrer Krisen gewachsen. Die Dimension der globalen Herausforderungen ist im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine Neue. Die ökologischen Krisen der Energieversorgung und des Klimawandels dulden keinen Aufschub mehr. Die Ungerechtigkeiten zwischen Nord und Süd als Ausdruck einer seit Jahrzehnten herrschenden neoliberalen Ökonomie, bieten für die Mehrheit der Weltbevölkerung zutiefst unmenschliche Rahmenbedingungen. Eine Zukunftsstrategie, welche diese Entwicklungserfordernisse nicht berücksichtigt, kann nicht als zeitgemäß gelten. Der gegenwärtige Reformbedarf muss genutzt werden um Europa auf diese Veränderungen vorzubereiten. Eine Reform des Europäischen Wirtschaftsraumes kann nur dann vollständig sein, wenn sie auf ökologischen und sozialen Grundsätzen aufbaut.

Die Schuldenkrise darf nicht isoliert betrachtet werden. Sie bettet sich ein in die Notwendigkeit einer grundlegenden Transformation des ökonomischen Systems. Maßnahmen zur Krisenbewältigung dürfen keine falschen Anreize setzen, welche nur einseitig zur Besänftigung der Schuldenkrise dienen und gleichzeitig Öl in das Feuer der anderen Krisen gießen. Eine bedingungslose Wachstumsstrategie ist aufgrund der ökologischen Widersprüche nicht die Antwort.

Um der multiplen Krise integriert entgegenzutreten, schlagen wir langfristig eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik vor, deren institutioneller Kern eine handlungsfähige und demokratische Europäische Wirtschaftsregierung (EWR) bildet. Sie muss die sozial-ökologische Transformation Europas vorantreiben. Zur Vorbereitung auf ein solches gemeinsames Vorgehen bedarf es abgestimmter kurz- und mittelfristiger Strategien der Krisenbewältigung. Diese werden im Folgenden ausgeführt.

#### **4.1 Kurzfristige Maßnahmen**

##### ***Umschuldung***

Der ESM bewahrt zwar die Defizitländer vor der Zahlungsunfähigkeit, doch die Schulden bleiben bestehen. Für das extrem verschuldete Griechenland ist eine Restrukturierung der Staatsschulden deshalb unabdingbar. Hierbei sollte ein harter Schuldenschnitt (engl. „Haircut“) angestrebt werden, der die Gläubiger in die Pflicht nimmt.

Konsequenz einer Umschuldung ist, dass die Gläubiger auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten müssen. Dies wird sowohl bei griechischen Banken, als auch bei französischen und deutschen Kreditinstituten und Pensionsfonds zu Verlusten führen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass sich dadurch die Situation in anderen angeschlagenen EU-Staaten wie Spanien, Italien, Irland oder Portugal verschärft.

Dennoch überwiegen die Vorteile eines Schuldenschnitts. Zum einen gibt es bisher kein ausgereiftes Konzept, wie Griechenland den Schuldenberg von über 150 Prozent des BIP wieder abbauen soll – insbesondere nicht in der wirtschaftlichen Rezession. Zweitens haben die Schulden ein solches Ausmaß angenommen, dass ihre Zinslast bis zum Jahre 2015 mit 90 Mrd. Euro zu Buche schlagen wird. Jährlich beträgt der Haushalt Griechenlands jedoch nur ca. 118 Mrd. Euro, Tendenz fallend.

Ein Schuldenschnitt entlastet Länder wie Griechenland von Zinszahlungen und ermöglicht es, diese Gelder in Projekte zur Stärkung der Konjunktur zu investieren. Für die Banken muss ein Schuldenschnitt nicht das „Aus“ bedeuten. Viele haben ihre Kredite an Griechenland schon abgeschrieben und sich damit Steuervorteile gesichert. Darüber hinaus beteiligt eine Umschuldung auch direkt die Banken, die eine Mitschuld an der Schuldenkrise tragen.

Die Verhandlungen über einen freiwilligen Verzicht der Gläubiger auf bis zu 50 Prozent verkommen dabei immer mehr zu einer Farce. Zu lange dauert das Spiel der Banken, die mal eine Zusage garantieren, dann jedoch diese nicht umsetzen. Eine gesetzliche Lösung für Griechenland mit Rückendeckung der EU wäre hier die effizientere Lösung. Zudem bleibt höchst fraglich, ob die anvisierten 50 Prozent, falls sie jemals erreicht werden, überhaupt ausreichen um Griechenland eine ökonomische Perspektive zu eröffnen. Denn ein Großteil der griechischen Schulden (insgesamt ca. 350 Milliarden), wie z.B. die Schuldeneinlagen bei EZB, EU und IWF, wird gar nicht angetastet. Realistischer ist deshalb ein radikaler Schnitt von 90 Prozent aller Schulden privater Gläubiger (ca. 200 Milliarden).

### ***Eurobonds***

Ein weiterer Schritt um die Handlungsfähigkeit angeschlagener Staaten zu garantieren, ist die Einrichtung von Eurobonds. Für diese Anleihen der Mitgliedsstaaten des Euro-raums bürgen die Euro-Staaten gemeinschaftlich. Durch diese Sicherheit ergeben sich niedrigere Zinssätze. Die europäischen Schuldnerstaaten, welche derzeit nicht eigenständig am Kapitalmarkt wirtschaften können, haben dadurch die Möglichkeit frisches Geld zu günstigeren Konditionen zu bekommen. Alte Kredite, die einer höheren Verzinsung unterliegen, können damit abgezahlt werden und die allgemeine Zinslast sinkt.

Der Kritik, dass Eurobonds die Schuldenländer zu weiteren ungedeckten Ausgaben verleiten, muss institutionell vorgebeugt werden: Die Eurobonds sind nach Abstimmung der EU-Mitgliedsstaaten auszugeben. Langfristig muss eine EWR die Verwaltung übernehmen. Zusätzlich stellen die Verschuldungsziele des SWP einen Mechanismus dar, der in Verbindung mit einer starken Wirtschaftsregierung einer unkontrollierten Neuverschuldung vorbeugen sollte.

Kern der Eurobonds ist das Prinzip der Solidarität: Alle Staaten Europas stehen gemeinsam für die schwächeren Mitgliedsländer ein. Denn zeitweilig werden höhere Zinsen auf die starken Euro-Staaten zukommen. Unter zwei Prämissen ist eine solche Lastenverteilung fair und anzustreben. Zum einen werden die Lasten der Schuldenkrise, zu welcher auch die exportorientierten Überschussländer beigetragen haben, geteilt. Zum anderen bieten Eurobonds eine konkrete Perspektive für ein politisch integriertes, solidarisches Europa.

#### **4.2 Mittelfristige Strategien**

##### ***Ein Europäischer Transformationsplan***

Ein weitreichendes Investitionsprogramm, ähnlich dem Marshallplan, welcher nach dem 2. Weltkrieg den Wiederaufbau in Westeuropa vorangetrieben hat, kann helfen, Wirtschaftskraft und Binnennachfrage der Krisenländer zu erhöhen und so wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren. Gemäß einer keynesianischen Wirtschaftssteuerung können hohe Defizite dann schneller beglichen werden.

Die Gelder für ein solches Programm lägen auch schon bereit. Zunächst könnten die Mittel des Europäischen Strukturfonds hierfür verwendet werden. Dabei handelt es sich um ca. 18 Mrd. Euro, welche zurzeit nicht abgerufen werden, da Griechenland die notwendige Eigenbeteiligung nicht erbringen kann. Ein mittelfristiges Investitionsprogramm dieser Art ist als antizyklische fiskalpolitische Maßnahme zu verstehen. Wirtschaftswachstum wird durch die Infusion von Kapital in die Wirtschaft erzeugt; somit werden Arbeitsplätze gestützt und Kaufkraft gefördert.

Solche Maßnahmen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen. Ziel der Krisenbewältigung darf es nicht sein schlichtweg wirtschaftliches Wachstum zu forcieren. Die Investitionsmaßnahmen müssen gezielt eingesetzt werden um eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft zu fördern. Dazu müssen Investitionen in grüne Technologien, öffentlichen Nahverkehr und in den Dienstleistungssektor, allen voran Bildung und Soziale Sicherung, getätigt werden.

### **Scoreboard „mit Zähnen“**

Ein Investitionsplan alleine beseitigt nicht die schwerwiegenden Ungleichgewichte innerhalb des Währungsraums. Die Idee des makroökonomischen Scoreboards weist hier in die richtige Richtung. Allerdings genügt es nicht die makroökonomischen Ungleichgewichte aufzuzeigen. Das Scoreboard benötigt vielmehr automatisierte Sanktionsmechanismen, welche sowohl für Defizit-, als auch für Überschussländer Gültigkeit besitzen. Leistungsbilanzdefizitländer verspüren im Vergleich zu Leistungsbilanzüberschussländern einen ungleich größeren Druck ihre Wirtschaft anzupassen. Derweil ist ein Wandel vom Defizit- hin zum Überschussland schwieriger, da bestehende Schulden getilgt und Wettbewerbsunterschiede aufgeholt werden müssen.

Da es nicht möglich ist kurzfristige, konjunkturell bedingte Leistungsbilanzunterschiede zu vermeiden, sollte einem Mitglied der Währungsunion zugestanden werden pro Jahr bis zu einer gewissen Grenze (z.B. 3 Prozent des BIP) vom Gleichgewicht abzuweichen. Übertritt ein Land diese Grenze sollte ein Verfahren ähnlich dem des SWP angestrengt werden.

<b>Akkumulierte Ungleichgewichte</b>	<b>Strafzahlungen (in Prozent BIP)</b>
12,5 Prozent	0,5 Prozent
25 Prozent	1 Prozent
50 Prozent	2 Prozent *
75 Prozent	3 Prozent *
100 Prozent	4 Prozent *

\*) Strafzahlungen über 1 Prozent des BIP richten sich nur an Überschussländer.

Sinnvoll ist die Einrichtung eines Kontos auf dem Überschüsse und Defizite aller Euroländer vermerkt werden. Akkumuliert ein Land über mehrere Jahre hinweg Überschüsse oder auch Defizite bis zu einer Grenze von 12,5 Prozent des BIP, müssen automatische Strafzahlungen in Höhe von 0,5 Prozent des BIP des betreffenden Staates eingeleitet werden. Die Strafzahlungen sollten weiterhin gestaffelt nach oben verlaufen (siehe Tabelle), wobei Strafzahlungen von Defizitländern 1 Prozent des BIPs nicht übersteigen sollten, da sich diese wirtschaftlich in einer schwächeren Position befinden als die Über-

schussländern.<sup>2</sup> Die Strafzahlungen sollten in die Töpfe der europäischen Strukturpolitik fließen um durch gezielte Investitionen Ungleichgewichte zu vermeiden und eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft zu fördern (siehe auch Abschnitt zur Wirtschaftsregierung).

Für die Zukunft ist zusätzlich denkbar die ökonomischen Indikatoren des Scoreboards um sozialpolitische Indikatoren wie den „Gini-Koeffizient“ und den „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) zu ergänzen. Die Beobachtung dieser Werte kann einer Europäischen Wirtschaftsregierung dazu dienen ihre Fiskalpolitik besser aufeinander abzustimmen. Auch die Struktur- und Industriepolitik kann von alternativen Wertschöpfungsindikatoren profitieren.

#### **4.3 Langfristige Lösungen: Die Europäische Wirtschaftsregierung**

Eine Europäische Wirtschaftsregierung (EWR) kann eine neue Stufe einer wiederbelebten Integration darstellen. Allerdings ist auf dem Weg dorthin noch einiges zu unternehmen. Die EWR wird von vielen Akteuren derzeit angeführt, dennoch ist bislang höchst umstritten, welche Kompetenzen und welches institutionelles Setting eine solche Regierung haben sollte. Was von Deutschland und Frankreich derzeit als EWR bezeichnet wird, hat wenig mit den hier vorgebrachten Vorschlägen gemein.

Damit der Euro-Raum in Zukunft einem optimalen Währungsraum entspricht und die Vision eines friedlich-stabilen, sozialen und ökologischen Europas verwirklicht werden kann, bedarf es der Integration der Wirtschaftspolitik unter dem Dach einer starken politischen Institution, die auch den fortschrittlichen Anforderungen an Demokratie, Partizipation und Transparenz gerecht wird. Für die Ziele der langfristigen makroökonomischen Stabilisierung, der sozialen Gerechtigkeit und der Initiierung einer sozial-ökologischen Transformation unserer Ökonomie sind folgende Reformen unabdingbar:

- Reform der Europäischen Finanzstruktur
- Neuausrichtung und Ausweitung der Europäischen Strukturpolitik

---

<sup>2</sup> 2 Vgl. dazu die Idee einer Europäischen Ausgleichsunion, wie dargestellt von Axel Troost und Lisa Paus (2011): Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, Denkanstöße, Ausgabe Nr.13.

- Integration der Fiskal- und Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten

### ***Reform der Europäischen Finanzstruktur***

Anleger sind auf dem gesamten europäischen Markt tätig und können problemlos ihre Geschäftstätigkeiten von einem Land in ein anderes verlagern. Wenn es um die Systemrelevanz von Banken geht, so muss diese auf europäischer Ebene analysiert werden. Deshalb sollte die EWR die Obergrenze über das europäische Finanzsystem haben und damit die folgenden Kompetenzen: i) Banken daran zu hindern, eine systemrelevante Größe zu erreichen; ii) Regeln zu schaffen, wie Banken im Falle einer Insolvenz abgewickelt werden können.

Das 2010 geschaffene Europäische Finanzaufsichtssystem beinhaltet eine Institution zur makroökonomischen und eine Institution zur mikroökonomischen Aufsicht des europäischen Finanzgeschehens. Sie haben koordinierende und ideengebende Aufgaben. Zusätzlich können sie in Krisenzeiten Finanzprodukte kurzzeitig vom Markt nehmen. Damit wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Die Herausforderungen liegen nun in der konzeptionellen Ausgestaltung der Institutionen und im Ausbau ihrer Kompetenzen.

Die Aufsichtsorgane der unterschiedlichen Institutionen werden von der EU oder von der EZB bestellt. Für eine makroökonomisch ausgeglichene Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion ist die Einnahme einer gesamteuropäischen Perspektive dringend erforderlich. Deshalb sollte auch die LEITUNG DES EUROPÄISCHEN FINANZAUF SICHTSSYSTEMS bei einer integrierten EWR liegen.

Hier ist vor allem die ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS entscheidend. Um einer weiteren Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von den Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, entgegen zu wirken, bekommt die Frage der demokratischen Legitimation oberste Priorität. Das Europäische Parlament muss die maßgebliche Rolle bei der Zusammensetzung der EWR spielen in enger Kooperation mit dem zuständigen EU-Kommissaren. Darüber hinaus muss das Parlament mit ausreichenden Kontrollfunktionen und Gesetzgebungskompetenzen ausgestattet sein um die Arbeit der EWR wirkungsvoll zu kontrollieren.

Damit der Finanzmarkt effektiv reguliert werden kann, sollte eine EWR außerdem über die Möglichkeit verfügen die Banken zu beaufsichtigen. Solche Kompetenzen, wie sie



nationale Aufsichtsbehörden bereits haben, erhöhen die Glaubwürdigkeit einer BANKENREGULIERUNG. Zudem erleichtern einheitliche Regelungen auf dem europäischen Finanzparkett den Banken die Planung: Sie müssen sich nicht mit unterschiedlichen Regelungen in den 27 Mitgliedstaaten auseinandersetzen. Eine Kompetenzbündelung der Aufgaben, die durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPA), sowie der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (ESA) geleistet werden, schafft darüber hinaus mehr Transparenz.

Insbesondere bei der FINANZMARKTREGULIERUNG muss die EWR konsequent sein und sich gegen die mächtige Finanzlobby behaupten. Die Regulierung von Finanzderivaten, insbesondere von CDS, sowie erhöhte Eigenkapitalregelungen für Banken, die über die Basel III Bestimmungen hinausgehen, sind hier wichtige Ansatzpunkte.

Eine EUROPÄISCHE RATINGAGENTUR, die nicht privatwirtschaftlich als Konkurrenz zu den amerikanischen Instituten konstruiert, sondern Bestandteil einer demokratisch kontrollierten EWR ist, kann darüber hinaus Einschätzungen über die Finanzmärkte geben, die von profitorientierten Verzerrungen verschont bleiben. Allerdings muss auch hier eine Einwirkung staatlicher Interessensvertretungen vermieden werden, soweit diese die langfristige Neutralität der Ratingagentur beeinflussen. Dazu müssen die Aufgaben einer Ratingagentur klar darauf zugeschnitten werden, eine weitestgehend objektive Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Ein weiterer notwendiger Schritt ist die Einführung einer FINANZTRANSAKTIONSSTEUER (FTS) auf europäischer Ebene. Diese wird zwar inzwischen sogar von Konservativen in der EU gefordert, droht aber an dem Widerstand innerhalb der deutschen Regierung und der Regierung Großbritanniens zu scheitern. Eine Steuer auf Finanzprodukte zwischen 0,05 und 0,1 Prozent des Umsatzes würde erheblich zu einer Abnahme von risikoreichen Spekulationen beitragen und könnte allein auf europäischer Ebene zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von ca. 110 – 250 Mrd. Euro generieren. Diese Mittel könnten folglich für die Finanzierung von Projekten im Rahmen der sozial-ökologischen Wirtschaftstransformation verwendet werden. Darüber hinaus würden die Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligt.

In der aktuellen Diskussion wird zurzeit jedoch oft vernachlässigt, dass hinter der Einführung einer FTS eine Bewegung steht. Diese kämpft für eine globale Umverteilung. Die

FTS war dabei vor allem als Steuer gegen Armut gedacht und als Ausgleich für die Ausbeutung des globalen Südens durch den Norden. Deshalb sollen die Einnahmen einer FTS, zum Beispiel durch die Gründung eines Fonds, dem Kampf gegen Klimawandel und der Armutsbekämpfung zugutekommen.

### **Neuaustrichtung und Ausweitung der Europäischen Strukturpolitik**

Eine EWR muss nicht nur die Aufsicht über die Finanzmärkte haben, sondern auch über politische Steuerungskraft verfügen. Dazu sollte die EWR in der Lage sein selbstständig Projekte zu initiieren, mit dem Ziel einen kohärenten Wirtschaftsraum herbeizuführen. Die aktuellen Krisen zeigen, dass die bestehende europäische Strukturpolitik dieses Ziel in der Vergangenheit nur in ungenügendem Maße erfüllen konnte. Deshalb müssen die bestehenden Fonds der EU überarbeitet, gestärkt und in das System der EWR eingegliedert werden.

#### **Die Europäischen Strukturtöpfe:**

**Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** umfasst für die Periode 2007-2013 ein Budget von 199 Mrd. Euro. Es werden Regionen gefördert, die ein BIP pro Kopf von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts aufweisen. In diesen Regionen werden drei Ziele verfolgt: i) Konvergenz des BIP pro Kopf innerhalb der EU; ii) Ausbau der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und iii) Stärkung der europäischen territorialen Zusammenarbeit.

**Der Europäische Sozialfonds (ESF)** hat zwei Ziele. Die Stärkung regionaler Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Investitionsstandorte, sowie die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den am wenigsten entwickelten Regionen der EU. Er hat ein Jahresvolumen von ca. 10 Mrd. Euro, wobei mehr als 80 Prozent der Finanzierungsmittel des ESF für die Wachstumsförderung eingesetzt werden.

**Der Kohäsionsfonds (KF)** fördert Umweltprojekte und den Ausbau transeuropäischer Infrastruktur. Im aktuellen Förderungszeitraum werden 70 Mrd. Euro umgesetzt. Die Gelder können von Mitgliedsstaaten abgerufen werden, welche ein BIP pro Kopf von weniger als 90 Prozent des Durchschnittes der EU aufweisen.

In der aktuellen Förderperiode 2007-2013 stehen im Rahmen von drei Fonds EU-weit ca. 347 Mrd. Euro für die Kohäsions- und Strukturpolitik zur Verfügung. Derzeit stehen die

Verhandlungen für die nächste Förderungsperiode 2014-2020 an, für welche die EU sich mit der Strategie Europa 2020 Ziele für diesen Zeitraum abgesteckt hat. Diese Ziele umfassen die Förderung von: i) Forschung und Entwicklung; ii) Hochschulbildung, lebenslangem Lernen und gesellschaftlicher Integration; iii) sowie umweltfreundlicher Technologie.

Diese Ansätze sind ein Schritt in die richtige Richtung um aktive Industriepolitik zu gestalten. Jedoch muss bei der Ausgestaltung der Förderlinien der Abwendung vom Ziel des einfachen Wirtschaftswachstums hin zu einer gezielt **SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN INDUSTRIEPOLITIK** Rechnung getragen werden. Dabei gilt es folgendes zu beachten:

(1) Programme sollten ins Leben gerufen werden, die gezielt darauf ausgerichtet sind, stark CO<sub>2</sub>-emittierende Industrien umzurüsten oder zu ersetzen. Dabei muss besonders die Energieindustrie in den Fokus gerückt werden: Es bedarf weitreichenden Ausbau von erneuerbaren Energien. In den strukturschwachen Staaten Südeuropas sollte in Solaranlagen investiert werden. Windkraft- und Biogasanlagen sind in den strukturschwachen Regionen im Osten Europas von besonderer Bedeutung. Das Potential ist riesig. In wenigen anderen Bereichen lassen sich die Krisen Europas so wirkungsvoll mit nur einem einzigen Instrument bekämpfen wie in diesem.

Langfristig muss die EU ein energieautarker, sich mit erneuerbaren Energien versorgender Wirtschaftsraum werden. Strukturschwache Regionen können zu Energielieferanten werden, stärker industriell geprägten Zonen zu ihren Energieabnehmern.

(2) Transportwege sind die Lebensadern einer jeden Ökonomie. Die derzeitige automobilfokussierte Förderpolitik der Strukturfonds weist hier in eine falsche Richtung. Die Förderung des Schienen-Güterverkehrs sollte in Zukunft wieder im Mittelpunkt stehen. Dabei muss sich Europa darauf konzentrieren, europäische Industrieregionen durch leistungsstarke Trassen zu verbinden und strukturschwache Regionen durch den Ausbau des Schienenverkehrs an die europäischen Netze anzubinden. Ohne die notwendige Infrastruktur wird der Euro-Raum auch in Zukunft kein harmonischer Währungsraum werden.

Um die oben genannten Ziele möglichst effektiv und schnell zu erreichen und um dem demokratischen Geist des europäischen Projektes zu verwirklichen, darf eine Umstrukturierung der Infrastruktur nicht zentral gesteuert sein. Sie muss vielmehr dezentral organisiert sein. Dabei können intelligente Anreize beispielsweise im Bereich der Ko-

Finanzierung ein "race-to-the-top" der Kommunen erzeugen, die sich um die Förderung der Umrüstung der Infrastruktur bemühen. Die Aufgabe einer EWR ist es daher vor allem dem Rahmen dafür zu bieten, dass dezentrale Projekte unter Partizipation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gefördert und umgesetzt werden können.

### ***Integration der Fiskal- und Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten***

Die Geld und Fiskalpolitik zwischen den Mitgliedstaaten der Union wird derzeit nicht koordiniert. Durch die Integration des Wirtschaftsraumes und in besonderem Maße seit Einführung des Euro hat sich eine gefährliche „race-to-the-bottom“ Dynamik entfaltet. Die Nationalstaaten konkurrieren mit möglichst niedrigen Steuern, Abgaben und Löhnen um die Gunst internationaler Investoren und Unternehmen. In dieser Konstellation ergeben sich aus den rationalen Handlungsstrategien der einzelnen Akteure fatale Ergebnisse für die Gemeinschaft. Die EWR muss deshalb einen festen Rahmen für die Besteuerung von Unternehmen setzen.

Unabdingbar für den langfristigen Erfolg einer EWR ist weiterhin die Koordination der europäischen Lohn- und Sozialpolitik. Nicht zuletzt das deutsche Lohndumping hat zu einer stark auseinanderklaffenden Entwicklung der Lohnstückkosten und Leistungsbilanzen beigetragen. Eine koordinierte Lohnpolitik muss deshalb dafür sorgen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit aller Euroländer wieder aufeinander zu bewegt. Das bedeutet vor allem auch dass Deutschland sich bewegt, wobei es nicht darum geht, dass Deutschland an Produktivität einbüßen soll, sondern vielmehr muss den EU-Partnerländern ermöglicht werden auf Deutschland aufzuschließen. Größere Lohnsteigerungen würden sich dabei auch positiv auf die Einkommensverteilung in Deutschland auswirken und die Binnenkaufkraft stärken. Neben höheren Löhnen wäre auch eine Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich eine denkbare Perspektive.

Den aktuellen Entwicklungen in der EU, die eine Lohnspirale nach unten befördern, muss deshalb ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu bedarf es einer Rahmengesetzgebung der EU im Bereich der Lohn- und Sozialpolitik. Sie könnte anhand von langfristigen Stabilitätsbewertungen und in Bezug auf die Daten des Scoreboards arbeitsrechtliche Standards verordnen. Maßnahmen, wie die Einführung eines europäischen Mindestlohns, der die Untergrenze von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreitet und in Kooperation mit dem europäischen Gewerkschaftsbund und

nationalen Gewerkschaften umgesetzt wird, wären ein entscheidender Schritt. Hierzu ist allerdings eine einheitliche Berechnungsgrundlage für den jeweiligen Mindestlohn notwendig. Derzeit erfolgen die nationalen Berechnungen auf uneinheitlicher Basis.

### **5. Auf einen Blick**

Der Weg aus der Euro-Krise kann nur auf der Grundlage einer Analyse gelingen, die die polit-ökonomischen Probleme der EU und der globalen Finanz-Architektur herausarbeitet. Die strukturellen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums, sowie die Spekulationen und Krisen der entfesselten Finanzmärkte, sind eine der Hauptursachen für die jetzige Situation. Sie müssen von einer integrierten und demokratischen EWR, mit weitreichenden Kompetenzen ausgeglichen werden. Hierzu braucht es eine innovative, mutige und fortschrittliche Politik, die den Anspruch umsetzt, Europa sozial-ökologisch zu gestalten, anstatt die ökonomischen Krisen weiter zu verwalten. Ein demokratischer Neubeginn ist dafür unausweichlich. Folgende konkrete Maßnahmen werden helfen, die Vision eines sozialen, ökologischen und friedlich-stabilen Europas, einen großen Schritt näher zukommen:

#### ***Handlungsempfehlungen für eine sozial-ökologische Krisenbewältigung***

##### **Kurzfristige Maßnahmen:**

- Konsequente Umschuldung der griechischen Schulden
- Einführung von Eurobonds

##### **Mittelfristige Maßnahmen:**

- Antizyklische Investitionen durch einen Europäischen Transformationsplan
- Etablierung eines makroökonomischen Scoreboards „mit Zähnen“

##### **Langfristige Maßnahmen:**

- Schaffung einer demokratischen und handlungsfähigen Europäischen Wirtschaftsregierung (EWR) als supranationale europäische Institution zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken mit folgenden Kompetenzen:

**(1) Reform der Europäischen Finanzstruktur:**

- Stärkung der Europäischen Finanzaufsicht
- Regulierung von Finanzmärkten und Banken
- Gründung einer öffentlichen Europäischen Ratingagentur
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer

**(2) Neuausrichtung und Ausweitung der Europäischen Strukturpolitik:**

- Überarbeitung und Stärkung der bestehenden Europäischen Strukturfonds und deren Integration in das institutionelle Setting der EWR
- Initiierung gezielter Programme zur Umrüstung stark CO2-emittierender Industrien
- Ausbau des Güter-Schienenverkehrsnetzes zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur

**(3) Integration der Fiskal- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten:**

- Eine koordinierte Steuerpolitik mit dem Ziel die „race-to-the-bottom“ Dynamik innerhalb der EU aufzuhalten
- Die Einführung eines europäischen Mindestlohn

***Bisher in der Publikationsreihe Denkanstöße erschienen***

- #1** Wolfgang Neskovic: Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise
- #2** Birgit Mahnkopf: Leitbilder auf dem Weg aus der neoliberalen Sackgasse
- #3** Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens
- #4** Marco Bülow: Die Lobby-Republik
- #5** Klaus-Dieter Stork: So wie es bleibt, ist es nicht
- #6** Katharina Weinberger: Ungezügelter De-Regulierung und die Finanzkrise in Europa
- #7** Hans Arold: Der Bildungs-Begriff in der neoliberalen Denkfalle
- #8** Matthi Bolte, Andreas Bovenschulte & Andreas Fisahn: Die große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die EU
- #9** Werner Schieder: Perspektiven der Europäischen Währungsunion
- #10** Wolfgang Neskovic: Wem gehört die Demokratie?
- #11** Max Pichl: Kritische Interventionen in der rassistischen „Integrationsdebatte“
- #12** Wolfgang Wodarg: Solidarische Gesundheit muss gegen Gier geschützt werden
- #13** Axel Troost & Lisa Paus: Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0

Alle Denkanstöße stehen online kostenlos als Download zur Verfügung. Das Institut Solidarische Moderne freut sich aber über Ihre Spende zur Unterstützung der Denkanstöße und der Arbeit der Programmwerkstatt.

[www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de)